

Grüne sind für Sicherung der Bahntrasse Ascheberg-Neumünster

Plön/Ascheberg/oha – In einer Resolution hat der Kreisverband Plön von Bündnis 90/die Grünen auf der Jahresversammlung Stellung zum Entwurf des landesweiten Nahverkehrsplanes (LNVP) 2008-2012 der Landesregierung bezogen. Dabei wurde die Strecke Ascheberg-Neumünster ins Visier genommen.

Nimmt man den Minister für Verkehr in seinem Vorwort zum LNVP ernst, so soll mit dem vorliegenden Entwurf „der schienengebundene Nahverkehr zu einem zukunftsorientierten, attraktiven und vernetzten Nahverkehrssystem ausgebaut“ werden, heißt es in einer Pressenotiz. Für den Kreis Plön bedeutet aber die beabsichtigte Herausnahme der stillgelegten Bahntrasse Ascheberg-Neumünster aus dem Trassensicherungsver-

trag das endgültige Aus für diese 25 Kilometer lange Verbindung zwischen beiden Orten.

Bereits 1995 hatte der Plöner Kreistag in einer interfraktionellen Resolution die Landesregierung aufgefordert, vor dem Hintergrund eines touristischen Verkehrskonzeptes diese Ost-West-Verbindung mit Neumünster als Bahnknotenpunkt mit ICE-Anbindung dauerhaft zu sichern. „Der Kreis Plön wird aufgefordert, gemeinsam mit der Stadt Neumünster die Wiedereinbeziehung der Strecke in die Trassensicherung zu betreiben, um die Entstehung einer neuen Schienelücke im ländlichen Raum zu verhindern und die Option für eine Wiedereinbetriebnahme des schienengebundenen Verkehrs auf der Trasse aufrechtzuerhalten“,

sagte der umweltpolitische Sprecher der grünen Kreistagsfraktion Gerd Dreßler. Für Berufspendler und Gelegenheitsreisende sei die Strecke eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Schienennetzes. Ihre Nutzung per Bahn erspare den Reisenden Kraftstoffkosten, entlaste den Straßenverkehr und schütze das Klima. Dreßler: „Täglich fahren 1.500 Pendler aus dem Kreis Plön nach Neumünster; viele von ihnen könnten bei steigenden Kraftstoffpreisen eine Bahnverbindung als Alternative bevorzugen.“ Feriengäste aus Richtung Hamburg würden mangels einer direkten Bahnverbindung weiterhin über Kiel oder Lübeck in die Holsteinische Schweiz anreisen müssen. „Dieser Zustand darf nicht für alle Zeiten verfestigt werden“, sagte Dreßler.